

## **Die Gewerkschaften müssen ihre Bündnispolitik beenden!** (2011)

Es kann keinen Zweifel geben: Gewerkschaften sind politische Organisationen. Sie sind entstanden aus der Erfahrung der abhängig Beschäftigten, dass sie ihre übereinstimmenden Interessen nur gemeinsam wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können. Bis heute haben sie es aber leider nicht geschafft, ihre Abhängigkeit, das heißt die Herrschaft von Menschen über Menschen, abzuschaffen. Die bisherigen Versuche sind gescheitert – an der Herrschaft von Menschen über Menschen.

Die Schwäche der deutschen Gewerkschaften besteht vor allem in dem untauglichen Versuch, Partner ihrer Gegner zu sein. Sie haben sich eingelassen auf eine Kooperation mit den Interessenvertretern des Kapitals in der Hoffnung, soziale und politische Nachteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhindern oder wenigstens zu begrenzen. Arbeitnehmervertreter und Unternehmer sahen sich oft nicht mehr als Klassengegner, wie in Jahrhunderten zuvor, sondern als ein Team, das an „einem Strang zieht“ und „in einem Boot sitzt“ und gemeinsam für das Wohl des Unternehmens verantwortlich sein sollte. Eine Praxis, die auch heute noch vor allem in Großbetrieben anzutreffen ist.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Versuch unternommen, mit dem Konzept einer sozialen Marktwirtschaft den Kapitalismus zu zähmen. Das war aber zunächst nur möglich über starke Gewerkschaften, die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes und neue soziale Bewegungen. Dieser Prozess ist offensichtlich zu Ende. Parteien und Regierungen unterwerfen sich den Bedingungen des Kapitals. Die Entwicklung zu rapide ansteigender Ungleichheit wird ökonomisch erzeugt und politisch legitimiert.

Die Gewerkschaften werden von den Herrschenden als Ordnungsfaktor inzwischen nicht mehr gebraucht. Im Interesse der abhängig Beschäftigten und freiberuflich Tätigen sind sie jedoch vor allem zur Organisation von Widerstand wichtig. Aber genau das geschieht nur noch sporadisch und in Einzelfällen. Ein geschlossener gewerkschaftlicher Widerstand gegen Sozialabbau und Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen fehlt in Deutschland, aber auch in Europa.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie waren von der Philosophie des Neoliberalismus durchdrungen. Bis tief in die eigenen Reihen hatten sich die falschen Leitbilder durchgesetzt, und – entgegen gesicherten Erkenntnissen – wurde die Auffassung immer häufiger akzeptiert, dass Lohnzurückhaltung und Verzicht auf Tarifrechte Chancen zu einer Ausweitung und Sicherung von Beschäftigung eröffnen.

Die neokonservative Revolution bzw. Restauration zielt auf die Befreiung des Kapitals – Befreiung von sozialen Regulierungen und sozialstaatlichen Schranken. Hinter den modernen Botschaften stecken uralte Vorstellungen der kapitalistischen Ökonomie: der Markt zwingt uns, aber letztlich dient eure Unterwerfung dem Allgemeinwohl. Und fast täglich fordern Politiker und Unternehmerfunktionäre: wenn die Arbeitnehmer den Sozialstaat erhalten wollen, dann müssen sie ihn selbst bezahlen. Die Unternehmen sollen weitgehend freigestellt werden.

Diese Strategie ist eingebettet in ein Politikmodell, das von vielen Gewerkschaftern akzeptiert wurde. Die für alternativlos erachtete Ausrichtung der Gesellschaft auf die Globalisierung sollte nicht gegen, sondern möglichst mit den

Gewerkschaften geschehen. Ansonsten würde die Gefahr bestehen, sich die Gewerkschaften zum Gegner zu machen und die beabsichtigte Politik durch Blockaden zu gefährden. Die Berater der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder gaben die Empfehlung, den Konsens zwischen Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen durch soziale Pakte zu organisieren.

Das neue Politikmodell sollte die Gleichberechtigung der Interessen durch eine Unterordnung der Arbeit unter die Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Sicherheit durch die direkte Einbeziehung der Lohnabhängigen in die Risiken der Weltmarktkonkurrenz ersetzen. Kapital und Arbeit als „Wettbewerbsgemeinschaft“ sollten gemeinsam das „Marktrisiko“ tragen. Wenn die Wettbewerbserfolge ausbleiben, müssen auch die Beschäftigten zum Beispiel mit Beschäftigungsabbau und Lohnverzicht dafür bezahlen.

Aber viele Beispiele zeigen, dass trotz gesteigener Wettbewerbsfähigkeit und steigender Gewinne Lohnverzicht gepredigt wird, weil sonst der Erfolg gefährdet sei. Nicht die geforderten Kostensenkungs-, Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, sondern ihre Realisierung über ein organisiertes Konsensmodell waren das Neue.

Gewerkschaften sollten ihre bisherigen beschäftigungspolitischen Vorstellungen revidieren und sich den angebotspolitischen Vorstellungen anpassen, die durch die Regierung als Inhalte der sozialen Pakte vorgegeben werden. Aber warum sollten sich dann die Gewerkschaften an der Politik sozialer Pakte beteiligen?

Auf diese Frage hatten die Theoretiker des Sozialpaktes Antworten. Die Gewerkschaften sollten erkennen, dass nur in ihrer Beteiligung für sie eine Zukunftschance besteht. Angeblich hatten sie mit ihren „veralteten Positionen“ keine Erfolge mehr in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und würden weiter an Durchsetzungs- und Kampfkraft verlieren. Die Mitgliederverluste wurden als Beweis für die Erfolglosigkeit der Gewerkschaften gewertet.

Die Schwäche der Gewerkschaften wurde als Voraussetzung für die Beteiligung an Bündnissen auf betrieblicher und politischer Ebene gesehen. Die Spekulation war gerichtet auf die Befürchtung in den Gewerkschaften, bei einer Nichtbeteiligung an Sozialpakten politisch marginalisiert zu werden. Als Entschädigung für die Bündnisbeteiligung der Gewerkschaften wurde eine organisationspolitische Überlebensgarantie gegeben. Es wurde suggeriert, an der Gestaltung der Gesellschaft weiterhin beteiligt zu sein. Aber die konkreten Ergebnisse dieser Bündnispolitik sind für die Gewerkschaften eine Katastrophe.

### **Eine verheerende Bilanz**

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren erheblich verändert. Aber den notwendigen politischen Kampf gegen die totale Ökonomisierung unserer Gesellschaft haben die Gewerkschaften nicht geführt. Immer mehr Menschen sind von schlechteren Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzverlusten betroffen oder bedroht. Die Ziele der Konzerne und Unternehmerverbände sind klar: Tarifverträge und Gesetze zum Schutz der arbeitenden Menschen sollen ihre Verbindlichkeit verlieren, damit sie den jeweiligen betrieblichen Bedürfnissen unterworfen werden können. Das bedeutet für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Arbeitslosigkeit, weniger Schutz, weniger Rechte, Einkommensverluste und oft menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Ende Dezember 2010 gab es insgesamt 6.467.632 Hartz-IV-Leistungsbezieher. Die Aktionäre der 30 Dax-Konzerne bejubelten Anfang 2011 einen Anstieg der Profitrate um knapp 19 Milliarden Euro. Seit dem Jahr

2000 sind die Profite der Kapitalbesitzer um 36 Prozent gestiegen. Vermögenssteuer müssen sie nicht zahlen.

Die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wächst ständig und ist unerträglich geworden. Der erpresserische Druck auf die Beschäftigten in den Betrieben, auf ihre Rechte zu verzichten, ist fast zum Regelfall geworden und hat weitgehend unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die Angst der Erwerbstätigen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes lähmt bei ihnen oft jede Form von Widerspruch oder gar Widerstand. Laut einer Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung arbeiten beispielsweise in 84 Prozent der Betriebe die Beschäftigten erheblich mehr als sie bezahlt bekommen. Würden sie vereinbarungsgemäß pünktlich Feierabend machen, müssten rund eine Million Arbeitslose zusätzlich eingestellt werden.

Frankreichs ehemalige Finanzministerin Christine Lagarde kritisierte vor einiger Zeit die deutsche Exportwirtschaft. Denn die hohen Ausfuhrüberschüsse gehen zulasten anderer EU-Staaten. Deutschland spare durch seine Lohnzurückhaltung und die dadurch hohe Produktivität seiner Industrie und die europäische Konkurrenz kaputt. Die Bundesrepublik produziere fortdauernd Überschüsse in der Leistungsbilanz was spiegelbildlich zu einem hohen Kapitalexport, leeren Geldbeuteln bei den Arbeitnehmern und zu einem massiven Lohndruck in anderen EU-Staaten führe. Lagarde forderte, die Deutschen sollten endlich ihre Binnenkonjunktur ankurbeln, anstatt nur einseitig auf Export zu setzen. Ökonom Gustav Horn vom Forschungsinstitut IMK sagt: „Die Kritik ist vollkommen gerechtfertigt. Mich wundert, dass sie nicht früher gekommen ist.“ Deutschland habe viele Jahre einseitig auf den Export gesetzt, fügte er hinzu. „Und zwar auf einen Export, bei dem wir in Europa mit Billiglöhnen agiert haben.“

Die Arbeitskosten in Deutschland steigen seit Jahren langsamer als in anderen Ländern Europas. Zwischen 2000 und 2009 legten sie nur um durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr zu. Im Durchschnitt des Euroraumes betrug das jährliche Plus hingegen 2,9 Prozent. Bei der Zunahme ist Deutschland damit Schlusslicht. Viele deutsche Unternehmen machten in den vergangenen Jahren satte Gewinne. Zeitarbeit, befristete Arbeit und andere atypische Beschäftigungsverhältnisse nehmen immer mehr zu. Nach Feststellungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben die Zeitarbeiter im Durchschnitt einen Lohnnachteil von 20 Prozent gegenüber der Stammbeslegschaft. Jede zweite Neueinstellung ist befristet, vor zehn Jahren war es noch jede dritte. Für mehr als die Hälfte der Zeitarbeiter endet die Beschäftigungszeit nach weniger als drei Monaten. Teilzeitbeschäftigung hat sich in den vergangenen 15 Jahren auf 8,7 Millionen verdoppelt. Zum Jahresende 2010 verzeichnete die Bundesagentur für Arbeit (BA) fast 7,4 Millionen Menschen mit einem Mini-Job bis 400 Euro monatlich. – Deutschland ist in Europa auf dem Weg zu einem Billiglohnland!

Beschäftigungspolitisch hat sich die Zurückhaltung der deutschen Gewerkschaften nicht ausgezahlt Ein Beispiel: Der Beschäftigungszuwachs des vergangenen Jahres ist vor allem auf die Zunahme der Zeitarbeit zurückzuführen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten um insgesamt 322.000. Bei 182.000 dieser Jobs habe es sich um Zeitarbeitsstellen gehandelt. Das entspreche einem Anteil von 57 Prozent. Zähle man auch befristete und geringfügig Beschäftigte sowie Teilzeitarbeit mit maximal 20 Wochenstunden hinzu, entfalle sogar mehr als drei Viertel des Anstiegs auf diese so genannten atypischen Beschäftigungsformen. Die vierte Hartz-Reform sollte arbeitsfähigen Bedürftigen schneller neue Arbeitsplätze verschaffen. Eine statistische Auswertung zeigt aber: Das hat nicht funktioniert. Arbeitslose sind nach der Reform ebenso lang ohne Job wie zuvor („Die Arbeitslosigkeitsfalle vor und nach der Hartz-IV-Reform“ in *WSI-Mitteilungen* 5/2011).

Die tatsächlichen Arbeitseinkommen entwickelten sich deutlich schwächer als in allen anderen alten Ländern der Europäischen Union. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind die realen Nettolöhne innerhalb eines Jahrzehnts im Durchschnitt um 2,5 Prozent gesunken. Rund 1,3 Millionen Erwerbstätige erhalten von ihrem Unternehmer einen so geringen Lohn, dass sie gesetzliche Leistungen nach Hartz IV bekommen. Die Zahl der tatsächlich Anspruchsberechtigten liegt weit höher. Der Niedriglohnsektor wurde von den Unternehmern seit vielen Jahren ausgeweitet und ist inzwischen der größte in Europa. Auch 11,1 Prozent der unbefristet Beschäftigten in so genannten Normal-Arbeitsverhältnissen werden inzwischen für einen Niedriglohn beschäftigt. Immer häufiger werden Stammbeschafteten reduziert und den entlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird die Fortsetzung ihrer bisherigen Tätigkeit über eine Zeitarbeitsfirma zu wesentlich schlechteren Bedingungen angeboten. Die damit verbundenen Einkommensverluste führen zwangsläufig zu Einschränkungen des Lebensstandards und in die Altersarmut. Und aus diesem Ghetto kommt kaum noch einer raus.

Über viele Jahre gehörte die produktivitätsorientierte Lohnpolitik zur Grundorientierung in der Tarifpolitik. Es gab zwei Ziele: Verteilungsgerechtigkeit und Nachfragestabilisierung. Nach diesem Konzept sollen Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen an dem teilhaben, was im Lauf eines Jahres durchschnittlich zusätzlich erwirtschaftet worden ist. Das wird erreicht, wenn die realen Löhne und Gehälter im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität steigen. Produktivitätsorientierte Lohnpolitik bedeutet: Erhöhung der Nominallöhne und -gehälter um Preissteigerung + Produktivität. Das ist der verteilungsneutrale Spielraum. Wenn dieser Grundsatz umgesetzt wird, bleiben die Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit gleich, obwohl eine Umverteilung zu Gunsten der Beschäftigten notwendig ist. Aber keiner der Lohn- und Gehaltstarifabschlüsse der vergangenen Jahre hat den Verteilungsspielraum ausgeschöpft. Selbst bei guter Konjunktur waren die Gewerkschaften nicht in der Lage, einen Wachstumsschub bei den tariflichen Einkommen zu bewirken. Und so ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen zwischen 1993 und 2010 von 73 auf 64 Prozent gesunken. Im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern wird auch seit Jahren kaum noch gestreikt. Legt man die offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zugrunde, liegt Deutschland sogar am untersten Ende der Streikstatistik in Europa.

Seit Beginn der Weltfinanzkrise verzichteten Belegschaften sogar auf Lohn, um den Arbeitsplatz zu sichern. Viele mussten in Kurzarbeit gehen, andere überließen dem Unternehmen ihr Urlaubs- und/oder Weihnachtsgeld. In kaum einem Land haben die Beschäftigten mit ähnlich großer Lohnzurückhaltung reagiert. Die so genannten Lohnnebenkosten stiegen in Deutschland nur um neun Prozent. Im gesamten Euroraum betrug das entsprechende Plus 33 Prozent. Zudem müssen Unternehmer heute 0,9 Prozent weniger als ihre Arbeitnehmer in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Mit der Lohnzurückhaltung in Deutschland haben sich deutsche Unternehmen Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer Euro-Länder verschafft. Gleichzeitig wurde die Binnennachfrage gebremst.

### **Bündnispolitik ohne demokratische Legitimation**

Wesentliche Entscheidungen müssen zuvor in den zuständigen gewerkschaftlichen Gremien und in der Mitgliedschaft beraten und diskutiert werden. Aber die Realität sieht nicht selten anders aus. So vereinbarten beispielsweise Frank Bsirske (ver.di), Berthold Huber (IG Metall), Michael Sommer (DGB) und die übrigen Bundesvorsitzenden der Einzelgewerkschaften im DGB eine gemeinsame Initiative mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberver-

bände (BDA) zur Tarifeinheit in den Betrieben. Bei sich überschneidenden Tarifverträgen soll künftig nur derjenige gelten, den die im Betrieb vertretene mitgliederstärkste Gewerkschaft abgeschlossen hat. Während der Laufzeit des Vertrags sollen konkurrierende Gewerkschaften nicht streiken dürfen. Die zuständigen Gewerkschaftsvorstände wurden zu dieser Initiative zunächst nicht gefragt. Am 4. Juni 2010 verkündete der DGB-Vorsitzende die Forderungen an die Bundesregierung zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes vor der Presse. Zuvor war auf dem DGB-Bundeskongress (16. bis 20. Mai 2010) davon keine Rede gewesen. Inzwischen wurde nach erheblichen Protesten vieler Gewerkschaftsmitglieder und -gremien die Aktion mit den Unternehmerverbänden zurückgezogen. Aber der entstandene Schaden durch Verlust an Glaubwürdigkeit ist für die Gewerkschaften erheblich.

### **Widerstand und Gegenmacht notwendig**

Die Kooperation der Gewerkschaften mit den Interessenvertretern der Vermögensbesitzer muss endlich beendet werden. Die Politik der Gewerkschaften darf nicht auf die Erhaltung der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse ausgerichtet sein. Es reicht nicht aus, auf die Korrektur ungerechter Zustände hinzuwirken. Das bestehende asoziale Wirtschaftssystem muss insgesamt bekämpft werden. Die Gewerkschaften müssen endlich die Systemfrage stellen. Einfach so weitermachen wie bisher geht nicht. Notwendig sind Forderungen und Aktivitäten zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist unerträglich, dass Vermögensbesitzer und Kapitalsammelstellen völlig eigennützig entscheiden, ob produziert wird, was produziert wird, wo produziert wird und wie produziert wird. Die Diktatur des Kapitals muss auch durch politischen Streik bekämpft werden. Nur wenn die Gewerkschaften mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nachdrücklich und überzeugend für eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen, haben sie eine Überlebenschance.